UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 27. Januar 1994
3/1994

# CDU und CSU einig über Wahlkampfstrategie

## Roman Herzog gemeinsamer Präsidentschaftskandidat

**„Wir werden das Wahljahr kämpferisch bestehen und gewinnen." Mit diesen zuversichtlichen Worten faßte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf einer Pressekonferenz das Ergebnis der Beratungen zusammen, zu denen sich neun Monate vor der Bundestagswahl CDU und CSU am 24. Januar in München trafen.**

Nach der Nominierung von Roman Herzog nun auch als gemeinsamem Präsidentschaftskandidaten von CDU und CSU einigten sich die Unionsspitzen darauf, den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts den Unionswahlmännern in der Bundesversammlung auf deren Sitzung im März als Kandidaten für die Wahl am 23. Mai vorzuschlagen.

In dem mehr als vierstündigen Gespräch legten sich CDU und CSU auf eine gemeinsame Wahlstrategie fest und darauf, in den nächsten Monaten gemeinsame Punkte in ihren Wahlprogrammen zu formulieren.

Helmut Kohl bekannte sich zu einer Fortführung des Bündnisses mit der FDP: Wir wollen die Koalition fortsetzen und gehen davon aus, daß auch die FDP das will. Er sehe jedenfalls gute Chancen dafür, auch wenn im Wahlkampf selbstverständlich jeder für sich und um jede Stimme kämpfe.

In den Mittelpunkt ihres Wahlkampfs wird die Union die Themen Wirtschaftsstandort Deutschland sowie die innere und äußere Sicherheit stellen. ■

### HEUTE AKTUELL

● **Medien**
**Generalsekretär Peter Hintze: Demagogischer Beitrag in „Tagesthemen" verletzt journalistische Sorgfaltspflicht. Seite 2**

● **Wirtschaft**
**Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Seite 3**
**Wolfgang Schäuble: Programm für mehr Arbeitsplätze. Seite 8**

● **Arbeitsplätze**
**Positive Beschäftigungsimpulse durch befristete Arbeitsverträge. Seite 13**

● **CDU Hessen**
**Landesparteitag in Grünberg: 97,7 Prozent für Manfred Kanther. Seite 22**

● **Dokumentation**
**Die Bahnreform. Verkehrspolitisches Jahrhundertwerk aufs Gleis gesetzt. Grüner Teil**

„Aktion des Monats" S. 24–25

## Generalsekretär Peter Hintze:

# Demagogischer Beitrag in „Tagesthemen" verletzt journalistische Sorgfaltspflicht

**Mit einer scharfen Rüge hat Generalsekretär Peter Hintze in einem Brief an den ARD-Vorsitzenden Jobst Plog auf einen Kommentar in den „Tagesthemen" vom 18. Januar zu den Sparbeschlüssen der Bundesregierung reagiert.**

Der Kommentar stammte von Jörg Hildebrandt vom Ostdeutschen Rundfunk, dem Ehemann der brandenburgischen Sozialministerin Regine Hildebrandt, und gipfelte in einem Aufruf zur Abwahl der Koalition in Bonn. In dem Brief des Generalsekretärs heißt es u. a.:

*Es gehört zur journalistischen Freiheit, Kritik auch scharf zu formulieren. Es ist aber nicht hinnehmbar, wenn im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ein so eindeutig parteipolitisch orientierter, demagogischer Beitrag ausgestrahlt wird.*

*Wenn sich Frau Regine Hildebrandt als Politikerin in der ihr eigenen Weise äußert, ist das ihre Sache. Wenn ihr Ehemann im ersten Programm als Kommentator gegen die Politik der Bundesregierung polemisieren darf, so ist dies mehr als fragwürdig.*

*Das öffentlich-rechtliche Fernsehen hat einen öffentlichen Auftrag zur Grundversorgung der Bevölkerung. Diesen hat es mit journalistischer Sorgfaltspflicht wahrzunehmen. Der Beitrag von Herrn Hildebrandt entspricht dem leider in keiner Weise.*

*Hätte Herr Hildebrandt den unmittelbar vorhergehenden Beitrag in den Tagesthemen aufmerksam verfolgt, hätte er mit Leichtigkeit feststellen können, daß seine wilden Anschuldigungen nicht zutreffen.*

*Damit liegt der Schluß nahe, daß Herr Hildebrandt sich entweder nicht richtig informiert hatte, was seine Qualifikation für eine Kommentierung innerhalb einer so renomierten Sendung wie den Tagesthemen nachhaltig in Frage stellen würde, oder aber daß er auf seine Art und Weise mit dem Wahlkampf bereits begonnen hat, was sein unverhohlener Aufruf, den Regierungsparteien im Wahljahr die Zustimmung zu verweigern, nahelegt.*

# Eine überzeugende Persönlichkeit

**Zur Bundespräsidentenwahl erklärte Generalsekretär Peter Hintze am 25. Januar:**

Die CDU freut sich über die offizielle Erklärung von Roman Herzog, sich der Bundespräsidentenwahl auf Vorschlag der Union zu stellen und das Amt des Bundespräsidenten nach erfolgter Wahl zu übernehmen. Diese Bereitschaft hat Roman Herzog heute in einem Schreiben an den Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, erklärt.

Mit Roman Herzog schlägt die Union eine überzeugende Persönlichkeit für das höchste Staatsamt vor, die in der Bundesversammlung eine breite Zustimmung finden wird.

# Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung

**Zu Beginn des Jahres 1994 gibt es deutliche Anzeichen, daß die deutsche Wirtschaft nach dem starken Konjunktureinbruch allmählich aus der Talsohle herausfindet. Dazu tragen die Verbesserung des internationalen Umfeldes, der erfolgreiche Abschluß der GATT-Runde, die beträchtlich niedrigeren Zinsen, die Beruhigung des Preisklimas, die eingeleiteten Maßnahmen zur Standortsicherung, insbesondere die Senkung der Steuern auf gewerbliche Einkommen, sowie die Bereitschaft der Tarifpartner, bei ihren Abschlüssen Beschäftigungserfordernissen wieder mehr Gewicht zu geben, bei.**

Für die Beschäftigung wird 1994 dennoch ein sehr schwieriges Jahr. Erforderlich ist deshalb, durch eine entschlossene Fortführung der Standortpolitik die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern, neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes zu verbessern, damit Arbeitslose wieder schneller Beschäftigung finden können. Die Bundesregierung bereitet außerdem eine grundlegende Organisationsreform der Bundesanstalt für Arbeit vor mit dem Ziel, mehr als bisher dezentrale Entscheidungen zu ermöglichen und ihre Effizienz weiter zu verbessern.

Voraussetzung für eine Festigung der konjunkturellen Auftriebskräfte und eine Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsaussichten ist eine Stärkung des Vertrauens von Investoren und Verbrauchern. Deshalb ist eine verläßliche Perspektive für eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine Entlastung der Wirtschaft von Kosten und Abgaben unverzichtbar.

Über die Sofortmaßnahmen hinaus wird die Bundesregierung in Umsetzung ihres Standortberichts weitere Maßnahmen zur Deregulierung und Vereinfachung, insbesondere im Umwelt- und Energiebereich, auf den Weg bringen.

Zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, zur Stärkung der Wachstumskräfte und Investitionsdynamik und

## Wahlkampf-Argumente

zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden folgende Maßnahmen beschlossen:

### ● Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

**1.** Die Staatsquote soll — wie bereits im Standortbericht der Bundesregierung angekündigt — bis zum Jahr 2000 schrittweise wieder auf das Niveau vor der Vereinigung gesenkt werden. Der Bund wird dies zur Richtschnur aller seiner ausgabenwirksamen Entscheidungen und zur Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung machen. Auch die anderen öffentlichen Haushalte (Länder, Kommunen,

Sozialversicherung) müssen ihren Beitrag leisten.

**2.** Die vom Haushaltsausschuß beschlossene globale Minderausgabe von 5 Mrd. DM wird durch Einsparungen in Ressortverantwortung umgesetzt.

Nach dem vorläufigen Abschluß des Haushalts 1993 wird die Nettokreditaufnahme des Bundes um rund ½ Mrd. DM unter dem Ansatz bleiben.

**3.** Der Bund strebt in den Tarifverhandlungen 1994 eine Nullrunde für den öffentlichen Dienst an.

## ● Existenzgründungs- und Innovationsoffensive im Mittelstand

**4.** In den alten Ländern wird wieder ein Eigenkapitalhilfeprogramm zur Förderung selbständiger Existenzen eingeführt; in den neuen Ländern wird es beibehalten.

**5.** Zur Verbesserung der Förderung risikoreicher innovativer Unternehmensgründungen sowie zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation für ausgewählte Förderbereiche in der deutschen Wirtschaft wird ein zinsverbilligtes Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgelegt.

**6.** Die Fördermöglichkeiten des ERP-Programms werden zur verstärkten Berücksichtigung des industriellen Mittelstandes und — in den neuen Ländern — zur Lösung von Liquiditätsproblemen im Rahmen der geltenden Finanzansätze verbessert.

**7.** Entsprechend der Bundestagsentschließung vom 10. Dezember 1993 werden zinsverbilligte Darlehen und Bürgschaften für Meisterkurse und andere Fortbildungsmaßnahmen in der gewerblichen Wirtschaft bereitgestellt.

**8.** Die Bundesanstalt für Arbeit soll den Übergang aus Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit durch ein Überbrükkungsgeld für regelmäßig 6 Monate fördern.

## ● Verbesserung und Erweiterung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums

**9.** Die Grundlage für die Bemessung der Lohnkostenzuschüsse für arbeitsmarktpolitisch geförderte Beschäftigungsverhältnisse wird auf 80 Prozent der Entgelte für ungeförderte Arbeiten begrenzt. Dabei werden für die förderfähigen Entgelte (Bemessungsgrundlage) in West- und Ostdeutschland Höchstbeträge in Höhe von 80 Prozent des Durchschnittsentgeltes der Rentenversicherung im vorangegangenen Jahr festgelegt.

**10.** In Regionen der alten Bundesländer, die von strukturellen Krisen besonders betroffen sind, wird die Arbeitsförderung nach § 249 h AFG (d. h. die Umwandlung von Lohnersatzleistungen in Lohnkostenzuschüsse) mit folgenden Bedingungen eingeführt: ▶

## Beschlüsse auf den Weg gebracht

Mit den 30 Punkten dieses Aktionsprogramms hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht, die der Bundesvorstand der CDU in seinem Beschluß „Für Wachstum und Beschäftigung" vom 15. Januar in Windhagen vorgeschlagen hat.

- die Maßnahmen laufen Ende 1997 aus,
- Dauer der Zuweisung maximal zwei Jahre;
- Entgelte, die nicht über 80 Prozent der Arbeitsentgelte vergleichbarer, nicht zugewiesener Arbeitnehmer liegen;
- Beschäftigungsfelder: Verbesserung der Umwelt, soziale Dienste, Jugendhilfe.

**11.** In ganz Deutschland werden als Zusatzangebot für Arbeitslose Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen von Sozialrechtsverhältnissen, bei denen neben Arbeitslosenhilfe eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird, auf freiwilliger Basis angeboten (Gemeinschaftsarbeiten).

**12.** Für die Durchführung von Saisonarbeiten werden künftig Arbeitlosenhilfebezieher verstärkt herangezogen. Zur Abgeltung besonderer Aufwendungen kann ein Teil der Arbeitslosenhilfe in pauschalierter Form weitergezahlt werden.

**13.** Die Arbeitsvermittlung wird durch Gesellschaften zur Arbeitnehmerüberlassung unter Beteiligung von Sozialpartnern, Kommunen und Arbeitsämtern intensiviert und ergänzt.

**14.** Die private gewerbliche Arbeitsvermittlung wird im gesamten Bundesgebiet zugelassen.

**15.** Die Geltung des 1995 auslaufenden Beschäftigungsförderungsgesetzes, das u.a. befristete Arbeitsverträge zuläßt, wird um fünf Jahre verlängert.

**16.** Mehr Teilzeitarbeitsplätze:

- Die Teilzeitarbeit wird durch Gewährung eines zeitlich befristeten Bestandsschutzes von bis zu drei Jahren für die Leistungen der Arbeitslosenversicherung gefördert, wenn Beschäftigte von Vollzeit- auf Teilzeitarbeit umsteigen.
- Für weitere Anreize zur Schaffung zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze werden kurzfristig Vorschläge erarbeitet.
- Für den öffentlichen Dienst wird kurzfristig ein Programm zur Schaffung zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze vorgelegt.

**17.** Das Arbeitszeitrechtsgesetz wird zügig und ohne Abstriche verabschiedet, um die mit flexibleren Arbeits- und Maschinenlaufzeiten verbundenen Beschäftigungsmöglichkeiten besser nutzen zu können.

**18.** Durch Verschärfung des Gesetzes gegen Schwarzarbeit, Bußgeld für Hauptauftragnehmer, die Subunternehmer beschäftigen und dabei die illegale Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer billigend in Kauf nehmen, Ausschluß von Arbeitgebern, die illegal Arbeitnehmer beschäftigen, von öffentlichen Aufträgen, werden illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit noch energischer bekämpft.

## ● Steuerliche Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze

**19.** Die Bundesregierung wird ihr steuerpolitisches Konzept für die nächste Legislaturperiode bis zum Sommer vorlegen. Dazu gehört insbesondere:

- Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform:
- Freistellung des Existenzminimums von der Lohn- und Einkommensteuer;
- Erleichterung von Beschäftigungsmöglichkeiten für sozialversicherungspflichtige Arbeitskräfte in privaten Haushalten;

- Vereinfachung des Steuersystems zur Verbesserung der Transparenz und Verringerung des hohen Verwaltungsaufwandes.

## Stärkung der Wachstumskräfte durch mehr private Initiative, Deregulierung und Entbürokratisierung

**20.** Die Bundesregierung wird bis März ihr Konzept zur weiteren Privatisierung von Bundesbeteiligungen an gewerblichen Unternehmen und Liegenschaften vorlegen.

**21.** Die Postreform wird mit der Überführung der Deutschen Bundespost TELEKOM, POSTDIENST und POSTBANK in Aktiengesellschaften und der Befristung der Monopolrechte der Unternehmen der Deutschen Bundespost bei gleichzeitiger grundsätzlicher Verankerung eines Rechtsanspruchs auf Zugang zu sämtlichen Märkten umgesetzt.

**22.** Ausgehend vom Kabinettsbeschluß vom 8. Dezember 1993 wird die Bundesregierung bis Ende März 1994 nach Gesprächen mit Industrie und Banken über den Vorschlag zur Finanzierung des Transrapid über die Durchführung des Projektes entscheiden.

**23.** Die Bundesregierung wird bis zum Herbst 1994 die Voraussetzungen für Finanzierung, Errichtung und Betrieb von Neubaustrecken von Bundesautobahnen durch Private auf der Grundlage einer Gebührenfinanzierung schaffen und mit der Umsetzung konkreter Projekte beginnen.

**24.** Um die erheblichen Privatisierungspotentiale bei Ländern und Kommunen zu aktivieren, wird die Bundesregierung eine Novelle zum Haushaltsgrundsätzegesetz vorlegen, in der die Pflicht zur Suche nach privatwirtschaftlichen Lösungen bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben verankert wird.

**25.** Die Bundesregierung wird unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung des Umwandlungsrechts verabschieden. Die Koalitionsfraktionen werden unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes für kleine Aktiengesellschaften und zur Deregulierung des Aktienrechts (Mitbestimmung wie bei der GmbH mit einer Übergangsfrist für bestehende kleine AGs von fünf Jahren) als Initiativantrag im Deutschen Bundestag einbringen.

**26.** Die Bundesregierung wird einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des Rabattgesetzes verabschieden und die Zugabeverordnung aufheben.

**27.** Die Bundesregierung wird eine unabhängige Expertenkommission einsetzen, die in Anknüpfung an die Deregulierungsinitiativen in dieser Legislaturperiode bei Planungs- und Genehmigungsverfahren darüber hinausgehende Vorschläge entwickelt. Ziel ist es, angemessene Fristen für die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren zu gewährleisten. Bei geeigneten Vorhaben wird auf vorherige Genehmigung verzichtet und erst nachträglich geprüft. Grundsätzlich soll einer der beteiligten Behörden die Federführung des Genehmigungsverfahrens übertragen werden.

**28.** Der Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat im Hinblick auf Technikakzeptanz, die Verbesserung der Forschungsstruktur, den Abbau von Innovationshemmnissen, die Beschleunigung des Technologietransfers oder auf zukunftsträchtige Technologiefelder muß intensiviert werden. ▶

## • Zusätzlicher Wohnraum

**29.** Noch in dieser Legislaturperiode wird das Wohnungsbauförderungsgesetz 1994 verabschiedet. Mit einem Gesamtkonzept wird eine umfassende Reform des sozialen Wohnungsbaus angestrebt. Zu diesem Zweck wird die Einkommensorientierung der Wohnungsbauförderung auf der Basis einer begrenzten Grundförderung und einer am Mietereinkommen orientierten individuellen Zusatzförderung gegenüber der herkömmlichen objektbezogenen Förderung deutlich verstärkt. Durch diese grundlegende Neuorientierung der Wohnungsbauförderung werden zugleich Mietverzerrungen verringert und Fehlbelegungen vermieden.

**30.** Die Bundesregierung wird die Standards im Wohnungsbau auf das sachlich notwendige Maß zurückführen. Sie hat hierzu eine unabhängige Expertenkommission zur Ermittlung weiterer Möglichkeiten der Kostensenkung und Verringerung der Vorschriften im Wohnungsbau eingesetzt.

# Die Maßnahmen liegen genau auf dem richtigen Kurs

**Zum Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:**

Die von den Koalitionsfraktionen beschlossenen Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung liegen genau auf dem richtigen Kurs. Das Programm nimmt zahlreiche Forderungen des Parlamentskreises Mittelstand der Fraktion auf. Eigenkapitalhilfeprogramm, private Arbeitsvermittlung, Entrümpelung bürokratischer Genehmigungsverfahren, kurzfristige Vorlage eines Steuerreformkonzeptes, Bekämpfung von Schwarzarbeit usw. sind Maßnahmen, für die die Mittelständler der Fraktion schon immer eingetreten sind und die den Mittelstand stärken werden. Die Wirtschaft erwartet nunmehr die schnelle Umsetzung der Einzelmaßnahmen.

## Zitat: Mit atemberaubender Geschwindigkeit

*Tatsache ist, daß die deutsche Wirtschaft viel später als die vergleichbaren Volkswirtschaften in das Rezessionsloch gefallen ist, hauptsächlich weil die Wiedervereinigung einen enormen binnenwirtschaftlichen Nachfrageschub erzeugt hat. Wenn die „heilende Kraft" einer jeden Rezession — Strukturbereinigungen, höhere Flexibilität — jetzt langsam zu wirken beginnt, geschieht dies daher auf einer gesünderen betriebswirtschaftlichen Basis als anderswo. Diese Basis ist auch hinsichtlich vieler weiterer standortbestimmender Faktoren tragfähig: Die öffentliche Infrastruktur im Bereich des Verkehrs und auch noch der Telekommunikation hält jedem internationalen Vergleich stand. Die Verbesserung dieser infrastrukturellen Gegebenheiten in den neuen Ländern ist mit geradezu atemberaubender Geschwindigkeit und unter einem Aufwand von 65 Milliarden Mark verlaufen.*

**Thomas Bach, ehemaliger Weltmeister und Olympiasieger im Florettfechten, heute Mitinhaber einer Steuerberatungsgesellschaft in Dresden, in der „Welt am Sonntag"**

# Wolfgang Schäuble:

# Programm für mehr Arbeitsplätze

**Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat an die Mitglieder seiner Fraktion folgenden Brief gerichtet:**

Deutschland erlebte im Jahr 1993 die schwerste Rezession seiner Nachkriegszeit. Der konjunkturelle Einbruch, der weltweit zu beobachten war, erfaßte Deutschland durch den Wiedervereinigungsboom zwar verspätet, legte allerdings auch die strukturellen Defizite unserer Volkswirtschaft bloß. Die Behebung dieser Defizite ist von uns zügig angegangen worden, und die beschlossenen Maßnahmen, wie der Solidarpakt, das Standortsicherungsgesetz, das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz und das Planungsvereinfachungsgesetz zeigen durch ihre Erfolge, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Die Konsolidierung des Bundeshaushaltes und die zielgenaue Umsetzung unserer Annahmen für den Haushalt 1993 haben eine Senkung der Zinsen ermöglicht und damit weitere Investitionsspielräume eröffnet.

Alles deutet darauf hin, daß in Deutschland die wirtschaftliche Talsohle durchschritten ist.

## Trendumkehr nötig

Doch trotz des sich wieder aufhellenden wirtschaftlichen Umfeldes, zu dem auch der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen der GATT-Uruguay-Runde unter maßgeblicher Mitwirkung von Helmut Kohl beigetragen hat, müssen wir uns mit der Tatsache auseinandersetzen, daß der Arbeitsmarkt nur in zeitlicher Verzögerung auf die wirtschaftliche Verbesserung reagiert und demzufolge auch das Jahr 1994 noch steigende Arbeitslosenzahlen und das Ansteigen der Sockelarbeitslosigkeit mit sich bringen wird. Hier müssen wir rasch zu einer Trendumkehr kommen.

Deshalb müssen wir dem Arbeitsmarkt jetzt die notwendigen Impulse geben und zu einem notwendigen Umdenkungsprozeß kommen.

Mit dem von uns mit großer Mehrheit beschlossenen „Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung" und der Umsetzung der globalen Minderausgabe setzen wir sichtbare Zeichen, daß wir gewillt und in der Lage sind, sowohl schmerzhafte wie auch zukunftsweisende Entscheidungen zu fällen.

## Kurzfristige Maßnahmen

Zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt sieht das Aktionsprogramm eine Reihe von Maßnahmen vor, die kurzfristig umgesetzt werden können.

Unser vorrangiges Ziel muß es sein, in Deutschland mehr neue Arbeitsplätze zu schaffen und in der Beschäftigung neue Felder zu erschließen. Hierzu brauchen wir vor allem neue Unternehmen, privates Kapital, neue Unternehmensstrukturen, neue Beschäftigungsmöglichkeiten und eine schnelle, möglichst unkomplizierte und unbürokratische Vermittlung von Arbeitslosen in Arbeit.

Der Beschluß, das Eigenkapitalhilfe-Programm in den alten Ländern wieder einzuführen, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Mit einem Bewilligungsvolumen von 500 Mio. DM pro Jahr sollen

jeweils 10.000 Unternehmensgründungen gefördert werden.

Zusammen mit dem Zinsverbilligungsprogramm für innovationsgerichtete Investitionen (Volumen voraussichtlich rd. 250 Mio. DM) und der Meisterförderung (600 Mio. DM pro Jahr für rd. 40.000 Teilnehmer an Fortbildungsmaßnahmen) ist hier gerade dem Mittelstand ein Instrumentarium an die Hand gegeben, um sich auf einen Schritt in die Selbständigkeit vorzubereiten, Investitionen zu tätigen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Mit der neuen Rechtsform der „Kleinen Aktiengesellschaft" soll der Zugang mittelständischer Unternehmen zum Markt für privates Risikokapital entscheidend verbessert werden; bei der Mitbestimmung sollen die bewährten Mitbestimmungsregeln des Betriebsverfassungsgesetzes gelten.

Ebenso kurzfristig umgesetzt werden können unsere Maßnahmen zur Teilzeitarbeit. Das Potential, das wir hierdurch ansprechen, ist erheblich. Angebot und Nachfrage müssen besser in Einklang gebracht werden. Mit einem prozentualen Anteil an der Teilzeitarbeit wie beispielsweise in den Niederlanden hätten wir mehrere hunderttausend Arbeitsplätze mehr.

Durch eine befristete Gewährung des Bestandsschutzes für Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung sowie weitere Impulse, die auch finanzielle Anreize beinhalten könnten, und ein Programm zur Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen im öffentlichen Dienst werden vielfältige Anschübe gegeben.

Neue Beschäftigungsmöglichkeiten lassen sich in den privaten Haushalten schaffen. Um hier auch zu größeren Beschäftigungseffekten zu kommen, müssen die Möglichkeiten, reguläre Arbeitsverhältnisse im Privathaushalt schaffen zu können, deutlich erweitert werden.

Dazu müssen auch die steuerlichen Rahmenbedingungen für diese Beschäftigungsverhältnisse verbessert werden; eine Aufgabe, die im Zusammenhang mit der Steuerreform angepackt werden wird.

Offene Stellen müssen in Zukunft schneller besetzt werden können. Hierzu ist es notwendig, die gewerbliche Arbeitsvermittlung im ganzen Bundesgebiet zuzulassen und bislang unkonventionelle Maßnahmen, wie nicht auf Gewinn ausgerichtete Verleihgesellschaften für Arbeitslose, einzurichten. Bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen und Problemgruppen können sich solche Gesellschaften als hilfreich erweisen.

## Gesicherte Perspektive

Mit unserem Aktionsprogramm schaffen wir die Möglichkeit, daß die Bundesanstalt für Arbeit auch in strukturschwachen Gebieten der alten Bundesländer durch einen Lohnkostenzuschuß in Höhe des pauschalierten Arbeitslosengeldes die Träger von Umweltsanierungsmaßnahmen und die Träger der Freien Jugend- und Sozialarbeit nachhaltig finanziell unterstützt, wenn diese einen Arbeitslosen einstellen. Bei diesen Maßnahmen haben die Beschäftigten eine gesicherte Perspektive, denn der Lohnkostenzuschuß wird bis zu zwei Jahre gezahlt. Länder und Kommunen können sinnvolle Beschäftigungen ermöglichen, indem sie dem pauschalierten Lohnkostenzuschuß weitere Finanzmittel zur Seite stellen.

Insofern kann durch Geld für die Umweltsanierung unmittelbar zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beigetragen werden. Für Zigtausende bieten wir die Chance, aus der Arbeitslosigkeit in Arbeit zu wechseln, und eröffnen ihnen damit eine positive Zukunftsperspektive.

Die Begrenzung der Kosten bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden durch die Einfügung von Höchstgrenzen,

# Rainer Haungs: Logische Fortentwicklung

**Zum Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rainer Haungs:**

Mit dem verabschiedeten Aktionsprogramm wurden u. a. die wichtigsten Punkte einer Klausurtagung der Arbeitsgruppe Wirtschaft vom September 1993 in einem Fraktionsbeschluß umgesetzt.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die vordringliche Aufgabe, der sich die Wirtschaftspolitik stellen muß. Unsere Antwort auf diese Herausforderung sind neue „Gründerjahre". Hierzu ist jedoch auch auf dem Arbeitsmarkt ein Umdenkungsprozeß nötig. Der Beschluß der CDU/CSU schafft deshalb Freiraum für

- mehr Unternehmen durch die Einführung des Eigenkapitalhilfeprogrammes in den alten Ländern, die Bereitstellung von Zinsverbilligungsprogrammen für Innovation und Fortbildungsmaßnahmen;
- neue Unternehmensstrukturen durch die Schaffung einer „Kleinen Aktiengesellschaft", um auch für den Mittelstand den Zugang zum Kapitalmarkt zu verbessern;
- neue Arbeitsmöglichkeiten durch steuerliche Erleichterung von Beschäftigung in Privathaushalten, eine Förderung der Teilzeitarbeit und Anreize zum Weg in die Selbständigkeit.

Offene Stellen und Arbeitsuchende müssen in Zukunft schneller in Übereinstimmung gebracht werden. Deshalb ist die bundesweite Einführung der gewerblichen Arbeitsvermittlung jetzt unverzichtbar.

Mit dem Aktionsprogramm liegt das derzeit umfassendste Wirtschaftsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Wirtschaft vor. Statt von einer Halbierung der Arbeitslosenzahlen zu reden, aber das Programm zur Umsetzung noch öffentlich erarbeiten zu müssen, legen die Koalitionsfraktionen kurzfristig umsetzbare Maßnahmen vor.

Damit beweist die CDU/CSU ihre wirtschaftspolitische Kompetenz, denn in Deutschland werden auch weiterhin die Probleme nicht über Diskurse, sondern durch sinnvolle Entscheidungen gelöst.

Das Aktionsprogramm ist in seiner Gesamtheit die planvolle Umsetzung der von CDU und CSU schon lange erhobenen Forderungen.

sowohl was den individuellen Förderanspruch wie auch den maximalen Förderhöchstbetrag angeht, durchgeführt. Dadurch werden weitere ABM gesichert, zugleich wird die Haushaltsbelastung der Bundesanstalt für Arbeit vermindert, und außerdem wird der Gefahr entgegengewirkt, daß Teilnehmer von AB-Maßnahmen nicht mehr in reguläre Arbeitsplätze überwechseln.

Die beschlossenen Maßnahmen fügen sich übergangslos in unsere auch längerfristig angelegten Vorstellungen von Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, Deregulierung und Abbau von bürokratischen Hemmnissen und eine stärkere Eigenbeteiligung bei der persönlichen Vorsorge sind die Elemente, die auch weiterhin unser Handeln steuern werden.

# Hannover: Emnid-Umfrage bestätigt Christian Wulff

**Als ausgesprochen hoch hat der Landesvorsitzende der niedersächsischen CDU, Josef Stock, den Anteil der unentschlossenen Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen bezeichnet.**

Stock bezog sich auf eine von der CDU-Landtagsfraktion in Auftrag gegebene Emnid-Umfrage, nach der bei der Sonntagsfrage 36 Prozent auf die CDU, 43 Prozent auf die SPD, sieben Prozent auf Bündnis 90/Grüne und fünf Prozent auf die FDP entfielen.

Nach dieser Umfrage haben 45 Prozent der wahlberechtigten Niedersachsen noch nicht entschieden, welcher Partei sie am 13. März ihre Stimme geben wollen.

Außergewöhnlich hoch sei, so Stock, auch der Anteil derjenigen, die sich für Niedersachsen einen politischen Neuanfang wünschten. Nach der repräsentativen Umfrage handelte es sich dabei um 50 Prozent der Wählerinnen und Wähler, während unter den Unentschlossenen sich sogar 61 Prozent für den Neuanfang aussprächen.

Vor diesem Hintergrund seien auch die hohen Persönlichkeitswerte für den CDU-Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, Christian Wulff, von besonderer Bedeutung.

Das Rennen für den 13. März sei daher noch völlig offen, sagte Stock abschließend.

# Helmut Kohl kandidiert wieder in Ludwigshafen

**Bundeskanzler Helmut Kohl ist am 21. Januar erneut zum Bundestagskandidaten seiner Partei im Wahlkreis Ludwigshafen gewählt worden.**

Helmut Kohl, der zum sechsten Mal in Ludwigshafen kandidiert, erhielt in der Wahlkreisdelegiertenversammlung 69 von 72 gültigen Stimmen. Drei Delegierte stimmten gegen den CDU-Bundesvorsitzenden.

Gegenkandidatin der SPD in Kohls Wahlkreis ist die 40jährige Leiterin des Sozialverwaltungsamts in Ludwigshafen, Doris Barnett.

In seiner Nominierungsrede warnte Kohl vor 300 Zuhörern nachdrücklich vor einem Nachlassen des europäischen Einigungswillens. Wollten die Deutschen aus dem europäischen Einigungsprozeß aussteigen, müßten sie „bitter dafür bezahlen".

Kohl forderte ein Umdenken der Menschen und ein Abrücken von der Forderung nach Wahrung aller Besitzstände. Zur Wahrung der internationalen Konkurrenzfähigkeit müßten die Betriebe in Deutschland mehr Flexibilität erhalten.

# Millionen Beschäftigte wollen Teilzeitarbeit

**Deutschland ist ein Entwicklungsland auf dem Feld der Teilzeitarbeit: Etwa 16 Prozent der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sind Teilzeitarbeitsplätze; in der gewerblichen Wirtschaft sind es gerade elf Prozent. In den meisten anderen Industriestaaten liegen die Quoten wesentlich höher.**

**Friedhelm Ost,** Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages: Umfragen hierzulande kommen zu dem Ergebnis, daß bei deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein großes Interesse an einer Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich besteht. „Über zwei Millionen derzeit Vollbeschäftigte", so berichtet das Ifo-Institut/München, „äußern eine Präferenz für wöchentliche Arbeitszeiten, die zwischen der traditionellen Teilzeitarbeit im Sinne einer Halbtagsarbeit und der Vollzeitarbeit liegen."

Bislang haben deutsche Unternehmen auf solche Wünsche ihrer Mitarbeiter nur unzulänglich oder gar nicht reagiert. Ihre Innovationsbereitschaft ist gefordert. Bevorzugt werden Teilzeitarbeitsplätze mit einer Wochenarbeitszeit von rund 30 Stunden. Mit verschiedenen Modellen sollten die Arbeitgeber der Teilzeitarbeit zu einem Durchbruch verhelfen, um so einerseits den Arbeitszeitwünschen ihrer Beschäftigten entgegenzukommen, andererseits damit neue Möglichkeiten für die Beschäftigung von Arbeitslosen zu schaffen. scha

## Mehr Flexibilität ist auf beiden Seiten nötig

Mehr Flexibilität ist indessen sowohl auf seiten der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer erforderlich, damit die Vermehrung der Teilzeitarbeit zu einem Erfolg für alle wird. So kann es nur sehr differenzierte Regelungen für verschiedene Beschäftigtengruppen geben. Auch die Kosten, die bei der Teilung von Arbeitsplätzen dem Betrieb entstehen können, müssen gesehen und zumindest in einer Anlaufphase ausgeglichen werden, wenn durch die Einstellung von Arbeitslosen die finanziellen Leistungen seitens des Arbeitsamtes wesentlich verringert werden. ■

# Bei über der Hälfte aller Scheidungsfälle sind minderjährige Kinder betroffen

**Im Jahre 1992 waren in Deutschland in 50,4 Prozent aller Scheidungsfälle minderjährige Kinder betroffen. Insgesamt gab es 1992 in Deutschland 101 400 „Scheidungsweisen".**

Das frühere Bundesgebiet verzeichnete hierbei im Vergleich zum Jahr 1991 einen geringfügigen Anstieg auf 49,2 Prozent (1991: 48,7 Prozent). In den neuen Ländern und Berlin-Ost erreichte dieser Anteil 64,9 Prozent. In den 80er Jahren hatte er noch durchweg 70 Prozent betragen.

Nach wie vor entfallen durchschnittlich auf zehn geschiedene Ehen in den neuen Bundesländern neun Kinder, während im früheren Bundesgebiet auf je zehn geschiedene Ehen sieben Kinder kommen.

# Positive Beschäftigungsimpulse durch befristete Arbeitsverträge

**Befristete Arbeitsverträge nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz haben zu zusätzlicher, dauerhafter Beschäftigung geführt und sich damit als wirksames beschäftigungspolitisches Instrument bewährt.**

Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebene empirische Untersuchung von Infratest Sozialforschung München über die Anwendung befristeter Arbeitsverträge nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz im Jahr 1992. Sie bestätigt im wesentlichen die Untersuchungsergebnisse aus den Jahren 1987/88, die schon damals die positiven Beschäftigungswirkungen dieses Instrumentes nachgewiesen hatten.

Nach den jetzt vorgelegten Ergebnissen wird jeder zweite zunächst befristet beschäftigte Arbeitnehmer anschließend in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Der dauerhafte zusätzliche Beschäftigungseffekt im privatwirtschaftlichen Bereich betrug rund 1 Prozent der Neueinstellungen des Jahres 1992. Das bedeutet, daß über die Brücke des Beschäftigungsförderungsgesetzes zwischen 20.000 und 45.000 Arbeitnehmer eine dauerhafte Beschäftigung gefunden haben.

## Warnungen widerlegt

Die Studie widerlegt die häufig geäußerten Warnungen und Befürchtungen, Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen würden wie Arbeitnehmer zweiter Klasse behandelt. Die große Mehrheit der befristet beschäftigten Arbeitnehmer fühlt sich gegenüber unbefristet beschäftigten Kollegen im Erwerbsleben (Leistungsanforderungen, Wahrnehmung der Arbeitnehmerrechte, berufliches Fortkommen) nicht benachteiligt. Daher ist es nicht verwunderlich, daß fast 90 Prozent aller Arbeitsuchenden in Ost- und Westdeutschland eine zunächst befristete Beschäftigung akzeptieren würden.

Auch die bereits bei der Verabschiedung des Beschäftigungsförderungsgesetzes vorgetragene Sorge, die Erleichterung befristeter Arbeitsverträge führe dazu, daß nur noch solche Verträge abgeschlossen würden, ist empirisch widerlegt. Nach der Untersuchung beträgt die sogenannte Befristungsquote, also der Anteil der befristeten Arbeitsverhältnisse an den Arbeitsverhältnissen insgesamt nur rund 7 Prozent. Sie ist gegenüber 1987/88 im wesentlichen gleich geblieben.

**Norbert Blüm: Besser befristet Arbeit als unbefristet arbeitslos**

Zu den Ergebnissen der Untersuchung erklärte Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm:** Was schon 1985 richtig war, ist auch heute nicht falsch. Besser befristet Arbeit als unbefristet arbeitslos. Das Beschäftigungsförderungsgesetz hat sich bewährt und alle Schwarzseher und Schwarzmaler widerlegt. Es ist deswegen nur konsequent, dieses bewährte Instrument für mehr dauerhafte Beschäftigung nicht mit Ende des Jahres 1995 auslaufen zu lassen. Die Studie untermauert mit Fakten die Richtigkeit der Absicht der Koalition, die Geltung des Beschäftigungsförderungsgesetzes um fünf Jahre zu verlängern. ■

## Ergebnisse des RCDS-Pilotprojekts

Siehe auch Seite 18

# „Bildung ohne Grenzen – Hochschuloffensive für Europa“

**„Die Mehrzahl der deutschen Studenten fühlt sich über Möglichkeiten eines Auslandsstudiums nicht ausreichend informiert. Die Hochschulen werden im Hinblick auf ihre europäische Ausrichtung von ihren Studenten negativ beurteilt“, so faßte die Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Tamara Zieschang, die Ergebnisse des RCDS-Pilotprojektes „Bildung ohne Grenzen — Hochschuloffensive für Europa“ zusammen. Die RCDS-Bundesvorsitzende erklärte weiter:**

● Im Sommersemester 1993 führte der RCDS eine Studentenbefragung als Pilotprojekt an Hochschulen in Freiburg, Bonn und Saarbrücken durch. Im Rahmen des Pilotprojekts wurden 339 Studenten befragt, und zwar in Form von Masseninterviews.

Ziel des Pilotprojektes war es, mehr Transparenz an den Hochschulen zu schaffen. Der RCDS hat mit diesem Pilotprojekt eine Möglichkeit aufgezeigt, den Grad der europäischen Ausrichtung einer Hochschule bzw. eines Fachbereichs transparent zu machen.

● Der Fragebogen gliederte sich in zwei Themenkomplexe: Im ersten Schritt wurde nach der Bereitschaft deutscher Studenten gefragt, einen Teil ihres Studiums im Ausland zu verbringen. Weiterhin wurde gefragt, welche Gründe einem Auslandsstudium entgegenstehen.

Den zweiten Themenkomplex bildete die Frage nach dem Grad der europäischen Ausrichtung einer Hochschule.

Die Ergebnisse der Befragung sind zum Teil erschreckend:

● 48 Prozent der befragten Studenten fühlen sich befriedigend und 36 Prozent mangelhaft oder ungenügend über die Möglichkeiten eines Auslandsstudiums informiert.

● Die meisten Studenten informieren sich bei den Akademischen Auslandsämtern über Studienmöglichkeiten im Ausland. Ihnen wird im Vergleich zu anderen Beratungsstellen (Dozenten, ausländische Hochschulen etc.) die größte Kompetenz zugesprochen. Dennoch wird diese Informationsquelle nur als befriedigend eingestuft.

● Fast 90 Prozent der Befragten gaben an, daß die Lehrinhalte auf europäische Themen ausgerichtet sind. Die Angebote wurden allerdings mit der Note 4 (Skala von 1 bis 6) bewertet.

● Während das allgemeine Sprachenangebot noch als befriedigend (Note 3,6) bewertet wird, beurteilen die Befragten das fachspezifische Sprachenangebot als unzureichend (Note 4,2).

● Das Angebot an integrierten Studiengängen (Note 4,4) und an Lehrveranstaltungen in fremden Sprachen (Note 4,3) schneidet ebenfalls schlecht ab.

**Die detaillierten Ergebnisse des Pilotprojekts können Sie in der RCDS-Bundesgeschäftsstelle erhalten:**
**Friesdorfer Straße 149**
**53175 Bonn**
**Telefon (02 28) 31 10 57** ■

# Beratungsregelung von Vorteil für die Frauen in den neuen Ländern

**Zur Vorlage eines Koalitionsentwurfs über ein neues Abtreibungsrecht erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Michalk:**

Der zwischen CDU/CSU und FDP vereinbarte Entwurf über ein neues Abtreibungsrecht ist zu begrüßen. Die Beratungsregelung orientiert sich stark an der bereits seit Sommer letzten Jahres übergangsweise geltenden Rechtslage. Die Vorschriften zum Beratungsinhalt und -ablauf sind nahezu wortwörtlich aus der Anordnung des Bundesverfassungsgerichts übernommen worden.

Für die Frauen in den neuen Bundesländern ist dies von Vorteil. Die Einführung einer verpflichtenden Beratung bedeutete für alle Beteiligten — Frauen, Beratungsstellen, Ärzte — eine große Umstellung. Inzwischen konnten wertvolle Erfahrungen gesammelt werden. Anfängliche Unsicherheit machte der Erkenntnis Platz, daß auch unter den neuen Bedingungen Beratung eine große Hilfe für ungewollt Schwangere sein kann.

Die Beratungspraxis zeigt, daß Frauen in der Regel gesprächsbereit sind. Sie verschließen sich auch einer obligatorischen Beratung nicht. Häufig verbergen sich hinter der Kulisse scheinbarer Gleichgültigkeit massive Schuldproblematiken. Tatsache ist allerdings auch, daß die Beraterinnen um ihre Aufgabe nicht zu beneiden sind. Die soziale Wirklichkeit für Frauen in den neuen Bundesländern wirkt oftmals entmutigend.

Erhebungen in Dresdner Schwangerschaftsberatungsstellen haben gezeigt, daß wirtschaftlich begründete Zukunftsängste die Hauptursache für Schwangerschaftskonflikte darstellen. Partnerschaftsprobleme spielen dagegen eine weit geringere Rolle.

Ein Bewußtseinswandel zugunsten des Schutzes des ungeborenen Leben ist notwendig. Es stimmt betroffen, wenn z. B. jede vierte Frau in Dresden eine abgeschlossene Familienplanung als Grund für ihren Abtreibungswunsch angibt. Hier muß allen bewußt sein: Abtreibung ist kein Familienplanungsinstrument, wie sie zu Zeiten der früheren DDR vielfach verstanden wurde.

Mit dem die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umsetzenden Gesetzestext der Koalition werden längst überfällige gesetzliche Rahmenbedingungen zugunsten eines besseren Schutzes des ungeborenen Lebens geschaffen. ■

## Vorgezogene Wahlen in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt wählt am 26. Juni einen neuen Landtag. Das teilte Ministerpräsident Christoph Bergner nach einer Kabinettssitzung in Magdeburg mit. Die Kommunalwahlen werden zusammen mit den Europa-Wahlen am 12. Juni stattfinden. Mit der Landtagswahl zwei Wochen später sollen auch die Stichwahlen für die Bürgermeister und Landräte abgehalten werden. Die Koalitionspartner CDU und FDP hatten sich während der Regierungskrise im Dezember darauf geeinigt, die Landtagswahl noch vor der politischen Sommerpause und nicht wie geplant im Herbst abzuhalten.

# Scharpings alte Klamotten

**Der Sozialdemokrat Scharping und andere Genossen reisen durchs Land und preisen ihre Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit an. Dreßler verkündet sogar die Halbierung der Arbeitslosenzahl binnen kürzester Zeit.**

Lafontaine und Rau stimmen in diesen Chor der Ankündigungen munter mit ein, obwohl gerade in ihren Ländern sich die eigenen politischen Versäumnisse in scharfer Rezession und besonders hoher Arbeitslosigkeit widerspiegeln.

**Friedhelm Ost,** Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages: Industriedenkmäler statt High-Tech, Strukturkonservierung statt neuer zukunftsträchtiger Unternehmen, Zögern und Zaudern statt Entscheiden und Handeln — das sind die Fakten sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, die sich in den letzten Jahren an der Devise orientierte: Wer nichts macht, kann auch nichts falsch machen.

Doch Scharping will handeln — bundesweit natürlich, denn in Rheinland-Pfalz hat auch er versagt. Mit lauten Schlagworten posaunt er hinaus, wie er das Arbeitslosenproblem zu lösen gedenkt. Nicht weniger Staat, sondern mit mehr Staat sollen Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies kostet mehr Geld, das er bei den sogenannten Besserverdienern abkassieren will. Die Staatsquote bewegt sich indessen bereits bei über 50 Prozent, die Abgabenquote bei rund 45 Prozent. Facharbeiter, Handwerksgesellen, Angestellte, Freiberufler, mittelständische Unternehmer würden von Scharping und seinen Genossen kräftiger zur Kasse gebeten werden — ganz im Sinne sozialdemokratischer Gerechtigkeit.

Bereits vor Jahrzehnten gab es Erhard Eppler und andere, die die Belastungsfähigkeit der Leistungsträger der Volkswirtschaft testen wollten. Mit dem Steueränderungsgesetz 1992 und dem Standortsicherungsgesetz haben CDU und CSU Betriebe nachhaltig entlastet, damit wieder mehr investiert wird sowie Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden können.

Für Neugründer in Westdeutschland wird nun das frühere Eigenkapitalhilfeprogramm wiederaufgelegt: Neue Existenzen sollen entstehen und erste Investitionen günstiger finanziert werden können. Die Finanzpolitik wurde von Theo Waigel auf einen Spar- und Konsolidierungskurs gebracht, der der Bundesbank eine Zinssenkungspolitik ermöglicht: ein Prozent weniger bei den Kreditzinsen bringt der Wirtschaft rund fünf Milliarden Mark Ersparnis bei den Finanzierungskosten.

Scharping gefällt sich indessen in der Märchenrolle „Des Kaisers neue Kleider": Bis auf höhere Steuern und Abgaben sowie höhere Schulden, mehr Staat und mehr Dirigismus hat er nichts Neues zu bieten. Es sind die alten Modetricks der SPD, mit denen er wieder einmal hausieren geht. Noch mehr Belastungen und noch höhere Staatsschulden werden jedoch zu weniger Wachstum, zu mehr Pleiten und Verlagerungen von Betrieben sowie zu mehr Arbeitslosigkeit und Inflation führen.

„Wirtschaftspolitik in einem im Kern so gesunden, im Kern immer noch fleißigen und tüchtigen Land wie Deutschland", so schreibt der frühere SPD-Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller in seinem neuen Buch, „kann und muß, auch in einer äußerst schwierigen Situation, immer noch einen marktwirtschaftlichen Ausweg finden und weisen. Grausige Katastrophengemälde, wie sie in unserem Lande jetzt so oft frei Haus geliefert werden, sind völlig unangebracht." ■

# Scharpings jugendpolitische Sprechblasen

**Zu den kürzlich vom SPD-Vorsitzenden Scharping erhobenen Vorwürfen gegen die Bundesregierung, wegen ihrer Finanzpolitik bliebe den Kommunen im Jugendbereich „kaum noch Handlungsspielraum für effektive Jugendarbeit", Scharping selbst sähe die Jugendarbeit aber als „dringliche kommunale Aufgabe", erklärte JU-Bundesgeschäftsführer Axel Wallrabenstein:**

Die großen Sprüche Rudolf Scharpings passen wenig mit seinem konkreten Handeln zusammen. In Scharpings Heimat, dem SPD-regierten Rhein-Lahn-Kreis, ist die Jugendarbeit seit Jahren von den Genossen vernachlässigt worden. Als der momentane SPD-Bundesvorsitzende noch für seine Partei im Kreistag tätig war, stellten Scharpings Parteifreunde für die Arbeit der politischen Jugendverbände „satte" 2.250 DM jährlich zur Verfügung. Der Kreisjugendring wurde mit gerade mal 900 DM pro Jahr bedacht. Die Zahlen wurden über die Jahre hin nicht erhöht, auch im Haushalt 94 tauchen sie wiederum auf. Im benachbarten und mit CDU-Mehrheit regierten Westerwaldkreis sind die entsprechenden Beträge wesentlich höher.

## *Warm anziehen!*

Die Jugendverbände könnten sich also, so Wallrabenstein, warm anziehen, falls Scharping irgendwann einmal für Jugendpolitik in der Bundesrepublik verantwortlich sein sollte. Der JU-Bundesgeschäftsführer weiß, wovon er redet. Er saß Rudolf Scharping zwei Jahre im Rhein-Lahn-Kreistag gegenüber. ■

# 500.000 Datex-J-Kunden

**Das Informations- und Kommunikationsangebot via Computer wird verstärkt genutzt, dies meldet die Telekom.**

Die Zahl der sogenannten Datex-J-Anschlüsse (früher Btx) wuchs im vergangenen Jahr um 150.000 Neukunden auf insgesamt 500.000 Anschlüsse in Deutschland. Einen Grund für das große Interesse sieht die Telekom-Generaldirektion in der rasanten Entwicklung im PC-Bereich. Mehr als 90 Prozent der Neukunden nutzten das Angebot von Datex-J über ihren Computer. Darüber hinaus habe die Telekom den Service im vergangenen Jahr deutlich verbessert, so sei beispielsweise die Verarbeitungsgeschwindigkeit erhöht worden.

Zum ersten Mal stieg im Dezember vergangenen Jahres die Zahl der Verbindungen via Datex-J auf 10 Mio.

## Auch CDU-Angebot immer häufiger genutzt

Das Angebot der CDU wird zur Zeit täglich von mehreren hundert Anwendern genutzt. Als besonders attraktiv hat sich dabei die einfache Möglichkeit erwiesen, mit der CDU direkt in Kontakt zu kommen.

**∗ CDU # – Ihr Zugang zur CDU**

## CDU Thüringen mit neuer Fax-Nummer

Ab sofort ist die CDU-Landesgeschäftsstelle Thüringen nur noch über ihre neue Fax-Nummer zu erreichen. Sie lautet: (03 61) 66 92 25. Die Telefonnummer ist wie bisher die (03 61) 3 16 52.

# Sokrates – neues Bildungsprogramm der Europäischen Kommission

**„Wissen ist Tugend" lehrte einst der griechische Philosoph Sokrates. Nach ihm ist der Vorschlag der Europäischen Kommission für das neue Bildungsprogramm benannt.**

Wie der CDU-Europaabgeordnete Karl-Heinz Florenz mitteilte, soll das Programm den transnationalen Austausch von Schülern, Studenten, Lehrern sowie Informationen auf allen Bildungsebenen fördern. Dafür werden 1 Milliarde ECU oder knapp 2 Milliarden DM von 1995 bis 1999 zur Verfügung gestellt.

Fremdsprachen sollen gefördert werden, neue Lerntechniken erprobt und die Nutzung des Fernunterrichts vorangetrieben werden. Das neue Programm fußt auf den bereits erfolgreich erprobten Programmen, die Ende 1994 auslaufen. Erstmals können im schulischen Bereich Austauschmaßnahmen gefördert werden.

Schulklassen in verschiedenen Ländern sollen gemeinsam an historischen und kulturellen Themen arbeiten oder im Teamwork ein Projekt zum Umweltschutz entwickeln. Dabei lernen die Schüler außer den anderen Sprachen auch die Kultur und das Denken ihrer Altersgenossen in Europa kennen. Lehrer erhalten die Möglichkeit, Kontakte zu ihren Kollegen zu knüpfen und etwas über Schulsysteme und Lernmethoden in den Nachbarländern zu erfahren.

Das gleiche gilt auch für die Universitäten. So kann auch ein Teil der Skepsis gegenüber anderen Bildungssystemen aufgehoben werden.

# Horst Langes – stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

**Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament hat am 18. Januar den deutschen EVP-Abgeordneten Horst Langes einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion gewählt. Langes folgt in diesem Amt dem am 18. Dezember 1993 tödlich verunglückten Bernhard Sälzer.**

Der Trierer Europa-Abgeordnete Horst Langes, geboren 1928 in Koblenz, gehört dem Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl 1979 an. Der langjährige haushaltspolitische Sprecher der Fraktion ist Mitglied im Haushaltsausschuß. In dieser Funktion hat er den Auftrag übernommen, einen Vorschlag über ein neues Eigenmittelsystem der Gemeinschaft zu erarbeiten, der den zwölf Regierungen im Hinblick auf die Revisionskonferenz 1995/96 vorgelegt werden soll.

Langes ist seit März 1993 stellvertretender Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Internationale (CDI). Als Trierer Abgeordneter hat er sich für die Gründung der Europäischen Rechtsakademie in Trier eingesetzt, die inzwischen zu einer angesehenen Einrichtung des europäischen Rechts geworden ist. Seit Mai 1993 ist Langes Präsident des Stiftungsrates der Rechtsakademie sowie Vorsitzender der Stiftung zur „Zusammenarbeit Christlicher Demokraten Europas".

# Frauen knüpfen Netze

**Dokumentation zum Bundesdelegiertentag**

**Neue Schubkraft an Aktualität hat das Motto des Bundesdelegiertentages vom 13./14. November durch den Antrag des Bundesvorstands der Frauen-Union zur Verfahrensregelung erfahren. Gerade in der Politik haben Frauen die Erfahrung gemacht, daß sie Zusammenschlüsse und Kooperation brauchen, wenn sie ihre Vorstellungen zu Gehör bringen und durchsetzen wollen.**

Das betrifft frauenspezifische wie allgemein politische Fragen. Es betrifft die Verbreitung und den Austausch von Informationen, die gemeinsame Entwicklung von Zielen und Durchsetzungsstrategien, den Zugang zu Ämtern und Mandaten, kurzum zur Beteiligung an der Zukunftsgestaltung unserer Gesellschaft.

Wie unerhört wichtig die Idee des Netzwerks ist, wurde auf dem Bundesdelegiertentag in den drei Foren mit unterschiedlichen Schwerpunkten verdeutlicht: Die Grundsatzfrage der Notwendigkeit stellte Monique Siegel im Forum I mit dem augenfälligen Beispiel unserer Tagesschau, die den Beobachter eines anderen Sterns zu der Erkenntnis führen müßte, daß unsere menschliche Gesellschaft nur aus Männern besteht.

Die Diskussion in Forum II war bestimmt von der partnerschaftlichen Beteiligung in Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Wo Aufgaben bewältigt oder Ziele erreicht werden sollen, entfaltet sich in der gemeinsamen Anstrengung Partnerschaft kreativ und lebendig.

In Forum III zeigte sich in sehr differenzierter Weise, daß die Familie von heute und das, was sie leistet, besser als ihr gesellschaftlicher und politischer Ruf ist. Tatsache ist, daß wir in unserer Gesellschaft eine Vielfalt von Familienformen vorfinden und sich das Spannungsfeld aus einem häufig unreflektiertem Bild von Familie ergibt, das weder der Wirklichkeit entspricht noch den Bedingungen, unter denen ihre Mitglieder leben.

## Wichtiger Erfahrungsschatz

In einer Dokumentation ist der Erfahrungsschatz von Frauen und Männern zusammengefaßt, die ihre Vorstellungen von einem Netzwerk auf dem Delegiertentag dargestellt haben: Helmut Kohl, Norbert Blüm, Irmgard Karwatzki, Peter Hintze, Rita Süssmuth, Heiner Geißler, Angela Merkel. Diese Dokumentation ist erhältlich bei:

**Union-Betriebs-GmbH**
**Friedrich-Ebert-Allee 73—75**
**53113 Bonn**
**Telefon (02 28) 54 43 14.**

## Rau glaubt nicht mehr daran, gewählt zu werden

Zur Wiederwahl von Johannes Rau als Vorsitzender der NRW-SPD am 15. Januar erklärte der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Hermann Gröhe: Wenige Monate bevor die Bundesversammlung über den nächsten Bundespräsidenten entscheidet, läßt sich SPD-Präsidentschaftskandidat Rau als Spitzenmann seiner Parteiorganisation in NRW bestätigen. Der gescheiterte Kanzlerkandidat zeigt damit, daß er nach der Nominierung von Roman Herzog durch die Union nicht mehr an seine Wahl zum Bundespräsidenten glaubt.

## Trotz allem – Kultur

### Kulturtagung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands am 4./5. März in Dresden

Auch in finanziell schwierigen Zeiten darf Kultur nicht in Nischen verbannt werden, vielmehr muß sie die Wirklichkeit des Landes durchdringen. Mit ihren vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten bietet Kultur die Chance, über Begrenzungen aller Art hinweg das Zusammenwachsen in unserem Land weiter voranzutreiben. Mit dem Kulturkongreß in Dresden soll ein Signal dafür gesetzt werden, daß Kultur auch weiterhin eine große Zukunft hat: „Trotz allem — Kultur"!

Aus dem Programm:

### Freitag, den 4. März:

- Eröffnung und Einführung: Horst Waffenschmidt, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und Bundesvorsitzender der KPV
- Hat Kultur noch Zukunft?
Hans Joachim Meyer, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Dresden
Matthias Vogt, Sächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Dresden
- Denkmalschutz und Stadtgestaltung
- Die identitätstiftende Wirkung des Wiederaufbaus der Frauenkirche Dresden

### Samstag, den 5. März

- Trotz allem — Kultur
Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen
- Kunst — Kommerz und Finanzierung von Kultur
Etta Schiller, Präsidentin der Oberfinanzdirektion Cottbus und Vorsitzende des Vereins Pro Brandenburg

**Leitung der Tagung:** Hildegard Matthäus, Vorsitzende des Fachausschusses Kultur der KPV, und Christean Wagner.

**Anmeldungen und Anfragen:**
**KPV-Geschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 544-289.**

**Anmeldeschluß: 25. Februar**

## Die Frauen-Union Thüringen begrüßt den Vorschlag für Datenschutzbeauftragte

Die Landesvorsitzende der Frauen-Union Thüringen, Christina Tasch, begrüßt die Nominierung der bisherigen Landrätin von Suhl, Silvia Liebaug, zur Datenschutzbeauftragten des Freistaates Thüringen. Der Vorschlag von Ministerpräsident Bernhard Vogel mache erneut deutlich, daß in Thüringen Frauen bei der Vergabe von Führungspositionen eine wirkliche Chance hätten. Unter der CDU-geführten Landesregierung werde nicht nur über die Chancen von Frauen gesprochen, so Frau Tasch, ihnen würden im Lande auch verantwortliche Aufgaben übertragen. Frau Liebaug habe als Landrätin in den vergangenen vier Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet. Bei ihr liege der Datenschutz in Thüringen in guter Hand.

## Die neuen Kreisverbände in Mecklenburg-Vorpommern

| Bisherige Kreisverbände | Neuer Kreisverband (LV, KV) | |
|---|---|---|
| Altentreptow/Demmin/Malchin | Demmin | (5304) |
| Neubrandenburg | Neubrandenburg | (5306) |
| Neustrelitz/Strasburg*) | Mecklenburg-Strelitz | (5307) |
| Pasewalk/Ueckermünde*) | Uecker-Randow | (5314) |
| Waren/Röbel*) | Müritz | (5315) |
| Doberan/Rostock-Land | Bad Doberan | (5322) |
| Greifswald | Greifswald | (5323) |
| Gadebusch/Grevesmühlen/Wismar*) | Nordwestmecklenburg | (5324) |
| Grimmen/Ribnitz-Damgarten*) | Nordvorpommern | (5325) |
| Rostock | Rostock | (5327) |
| Rügen | Rügen | (5329) |
| Stralsund | Stralsund | (5330) |
| Anklam/Wolgast*) | Ostvorpommern | (5332) |
| Güstrow/Teterow/Bützow*) | Güstrow | (5344) |
| Hagenow/Ludwigslust*) | Ludwigslust | (5345) |
| Parchim/Schwerin-Land/Sternberg | Parchim | (5348) |
| Schwerin | Schwerin | (5350) |

*) und weitere Ortsverbände aus anderen ehemaligen Kreisverbänden

## Die neuen Kreisverbände in Thüringen

| Bisherige Kreisverbände | Neuer Kreisverband (LV, KV) | |
|---|---|---|
| Apolda*) | Weimar-Land | (5602) |
| Arnstadt/Ilmenau*) | Arnstadt-Ilmenau | (5603) |
| Erfurt-Stadt*) | Erfurt | (5605) |
| Gotha*) | Gotha | (5610) |
| Mühlhausen/Bad Langensalza | Unstrut-Hainich | (5613) |
| Nordhausen | Nordhausen | (5614) |
| Sömmerda/Erfurt-Land*) | Sömmerda | (5615) |
| Sondershausen/Artern | Kyffhäuserkreis | (5616) |
| Weimar | Weimar | (5617) |
| Eichsfeld | Eichsfeld | (5618) |
| Gera-Stadt*) | Gera | (5633) |
| Jena*) | Jena | (5636) |
| Pößneck/Schleiz/Lobenstein | Saale-Orla-Kreis | (5639) |
| Rudolstadt/Saalfeld*) | Saale-Schwarza-Kreis | (5640) |
| Greiz | Greiz | (5642) |
| Stadtroda/Eisenberg*) | Holzlandkreis | (5643) |
| Altenburg/Schmölln | Altenburg/Schmölln | (5645) |
| Bad Salzungen/Eisenach*) | Wartburgkreis | (5662) |
| Hildburghausen*) | Hildburghausen | (5663) |
| Meiningen/Schmalkalden*) | Schmalkalden-Meiningen | (5665) |
| Sonneberg*) | Sonneberg | (5668) |
| Suhl | Suhl-Stadt | (5669) |

*) und weitere Ortsverbände aus anderen ehemaligen Kreisverbänden

## 81. Landesparteitag in Grünberg

# 97,7 Prozent für Manfred Kanther – Ministerpräsident Eichel „am Ende“

**Von sehr guten 95,0 auf 97,7 Prozent konnte der Landesvorsitzende der hessischen CDU, Bundesinnenminister Manfred Kanther, sein Stimmenergebnis beim 81. Landesparteitag der Hessen-Union am 22. Januar in Grünberg verbessern. Kanther erhielt 379 von 388 Stimmen, lediglich neun Delegierte stimmten gegen ihn.**

Bei dem „Parteitag in Harmonie“ wurden als Stellverteter Kanthers bestätigt: Bundesfamilienministerin Hannelore Rönsch, der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Volker Bouffier, der frühere Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling, der Landtagsabgeordnete Gerald Weiß und Landtags-Vizepräsident Hartmut Nassauer. Schatzmeister der Hessen-Union bleibt Casimir Prinz-Wittgenstein.

Dem Präsidium der hessischen CDU gehören ferner an: Der frühere Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber, die ehemalige hessische Landwirtschaftsministerin Irmgard Reichhardt, der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Roland Koch, der Landesvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Georg Badeck, und der frühere hessische Umweltminister Karlheinz Weimar.

Im landespolitischen Teil seiner Parteitagsrede griff der wiedergewählte CDU-Chef die rot-grüne Koaliton unter Ministerpräsident Eichel scharf an. „Schlecht geführt, schwach verwaltet, rot-grüne Funktionäre in jeweils persönlichen Warteschleifen irgendwohin — Boss blass!“ bescheinigte er der Landesregierung.

„Jetzt hat er selbst für einen altgedienten Hessen wie mich, der sich an den Landesbankskandal und die ungezählten Genossen-Affären der 70er Jahre, an Rahmenrichtlinienaufruhr oder den „Dachlatten“-Wortbruch aus eigenem Erleben erinnern kann, einen derartigen Lotto-Volltreffer gelandet, daß es auch für hessische SPD-Verhältnisse ungewöhnlich ist“, spielte der CDU-Politiker auf den

## Lotto-Volltreffer gelandet

hessischen Lotto-Skandal an. Zwei Ministerinnen und fünf Staatssekretäre sind inzwischen bereits aus der Regierung entlassen worden bzw. zurückgetreten.

Doch auch wenn die Landesregierung „am Ende“ sei, müsse sich die CDU darauf einrichten, daß die Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode Anfang 1995 durchhalte: „Wenn ein Schiff in flachen Gewässern leckgeschlagen ist, kann die Mannschaft noch eine kleine Weile an Deck bleiben, bis die Vorräte aufgebracht sind, aber sie werden nicht absaufen, es reicht noch für eine gewisse Zeit.“

In der Sache erinnerte der Landesvorsitzende an die Vielzahl von Fehlern der hessischen Landespolitik, an die fatale Verkehrspolitik gegenüber großen Straßenprojekten, an die ewige Nadelstichpolitik gegen die Hanauer Betriebe, die Ausbruchserie aus den hessischen Gefängnissen und an den Rausschmiß mehrerer Staatssekretäre als Lückenbüßer: „Vor allem aber hat die Regierung Eichel keinen Millimeter Zukunftsvision für Deutschlands starke Mitte.“

Im Grundsatzteil seiner politischen Rede bezeichnete der wiedergewählte Landesvorsitzende eine konsequente Sparpolitik als Voraussetzung für die Rückgewinnung wirtschaftlicher Stabilität. Es gebe „nicht eine kurzzeitige Delle", sondern eine Zeitenwende mit einer Neuverteilung der Chancen. „Wenn wir dabei sein wollen, müssen wir die Ärmel aufkrempeln, und das heißt Forderungen vor allem an uns als ganzes Volk zu richten." Leistung müsse stärker betont, Verteilungswünsche müßten zurückgedrängt werden, „mindestens für die nächsten fünf Jahre".

Der Bundesinnenminister nannte den illegalen Grenzübertritt „eine unerträgliche Quelle für die Kriminalität in Deutschland". Während die Kriminalität zwischen der eingesessenen deutschen und ausländischen Bevölkerung annähernd gleich sei, sei die der illegal Zugewanderten, der Asylbewerber und der Pseudotouristen „außergewöhnlich hoch und keinesfalls hinnehmbar".

Keinen Zweifel ließ der Bundesinnenminister an seinem Kampf für den Einsatz technischer Abhörmittel gegen die organisierte Kriminalität: „Das Abhören von Gangsterwohnungen ist unbedingt notwendig." Zugleich mahnte Kanther, es nütze nichts, eine Chance politisch so zu überfrachten, daß alles andere, was bereits vereinbart worden sei, nichts mehr gelte. Insbesondere müsse sich die Politik mit der sog. Alltagskriminalität, Kfz-Diebstählen, Wohnungseinbrüchen und Handtaschenraub befassen.

In einem Initiativ-Antrag zur Regierungskrise in Hessen verurteilte der Landesparteitag die nur auf Druck von Opposition, Presse und Öffentlichkeit bekanntgewordenen Machenschaften, die Parteibuchwirtschaft und Verfilzung zwischen der hessischen SPD und der hessischen Lotto-Gesellschaft. „Der Landesparteitag der CDU Hessen beobachtet mit tiefer Sorge, daß durch Unfähigkeit und parteipolitische Voreingenommenheit nicht nur das Ansehen einer Partei, sondern darüber hinaus das Ansehen des Landes Hessen schweren Schaden genommen hat", heißt es in der Resolution.

## Verfilzung beenden

Der Schaden werde durch die Führungsschwäche und passive Haltung des Hessischen Ministerpräsidenten weiter vergrößert, der drei Jahre nach der hessischen Landtagswahl vor dem Scherbenhaufen einer verfehlten Politik stehe. Das Land brauche keine neuen Gesichter, sondern eine klare und entschlossene Politik. In diesem Zusammenhang forderte der Landesparteitag „alle rechtschaffenen Politikerinnen und Politiker aller demokratischen Parteien in Hessen dazu auf, gemeinsam mit der CDU dafür zu sorgen, daß die zutage gekommene Verfilzung beendet wird und sich derartige Vorgänge in Hessen nicht wiederholen können". ■

## Neuer Audio-Dienst der CDU/CSU-Pressestelle

Mit einem Audio-Dienst startet am 1. Februar 1994 die Pressestelle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Damit erhalten Abgeordnete der Fraktion die Möglichkeit, ein O-Ton-Statement in der Pressestelle abzugeben, das dann Radiosendern kostenlos angeboten wird. Der Audio-Dienst soll selbstverständlich die Vermittlung von aktuellen Interviews in der bisherigen Form durch die Pressestelle nicht ersetzen, sondern als zusätzlicher Service dienen.

# Aktionswoche für mehr Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr

**Rechtzeitig zu Beginn des neuen Schuljahres 1993/94 hat auf Anregung ihres Fraktionsvorsitzenden Christoph Böhr die CDU Trier durch Informationsveranstaltungen und Aktionen Eltern darauf aufmerksam gemacht, welchen Risiken und Gefahren ihre Kinder auf dem Weg in den Kindergarten und in die Schule ausgesetzt sind.**

**NOV./DEZ.**

Gemeinsam mit der Verkehrswacht der Stadt Trier und der ARAG-Versicherung informierte die Beratungsstelle für Schadensverhütung des HUK-Verbands über „Schulwegsicherung" und darüber, wie sich Schulkinder auf ihrem Weg zur Schule verhalten sollten.

Für Idee, Vorbereitung und Durchführung dieser Aktionswoche, die vor allem Kindern beibrachte, wie sie einen eigenen Beitrag zu ihrer Sicherheit leisten könnten, hat Generalsekretär Peter Hintze der Trierer CDU seinen Dank ausgesprochen und zur Anerkennung dafür die Urkunde für die „Aktion des Monats" verliehen.

Peter Hintze in seinem Begleitschreiben an Christoph Böhr und dessen Mithelfer: Gerade in der heutigen Zeit ist es sehr wichtig, den Bürgern die positive Familien- und Jugendpolitik der CDU durch konkrete Maßnahmen vor Ort vor Augen zu führen. Dies ist Ihnen mit Ihrer Aktion hervorragend gelungen.

Zur weiteren Unterstützung seiner zukünftigen Arbeit — gerade auch im Hinblick auf das Wahljahr 1994 — erhielt der Kreisverband Trier-Stadt einen „Canvassing-Stand".

Der zweite Preis ging an den Landesverband Bremen für dessen Halbzeit-Aktion unter dem Motto „Die Ampel hat versagt — Wir wollen handeln. Für Bremen".

Mehr als 10.000 Besucher kamen zu den

**Christoph Böhr: Das Aufstellen von Plakaten in der Nähe von Kindergärten und Schulen reicht nicht aus, um die Kinder zu schützen. Es kommt auch darauf an, daß sie lernen, selbst einen Beitrag zu ihrer Sicherheit zu leisten.**

**Es diskutieren Frank D. Radtke (Bremer Bank), CDU-Landesvorsitzender Bernd Neumann, Jörg Kastendiek (kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion), Hans Schulz (GdP) und Günter Klein (CDU-MdB).**

Marktplatzfesten, Abendveranstaltungen und zahlreichen Canvassing-Ständen in den einzelnen Stadtbezirken.

Bei der Konzeption der insgesamt 23 Termine hatte es sich nach Meinung des Landesvorsitzenden Bernd Neumann als sehr vorteilhaft erwiesen, für die Veranstaltungen die eher lockere Form einer Talk-Show zu wählen.

Sowohl prominente Spitzenpolitiker der Bremer CDU als auch kompetente Gesprächspartner aus Wirtschaft, Kultur,

## „Aktion des Monats“

Sport, Verbänden und Gewerkschaften stellten sich den Fragen des Moderators, der auch dafür sorgte, daß das Publikum mit Fragen und Meinungsbeiträgen nicht zu kurz kam.

Bernd Neumann: Der erfreulich gute Besuch unserer Talk-Shows dürfte nicht zuletzt auf unsere Vorbereitungs- und Mobilisierungsmaßnahmen zurückzuführen sein. Einladungen sind nicht nur an die Mitglieder gegangen, sondern auch an einen großen Kreis von Bürgerinnen und Bürgern, von denen anzunehmen ist, daß sie unserer Partei aufgeschlossen gegenüberstehen.

Für seine neue Mitgliederzeitung, dem aus einem „CDU aktuell“ hervorgegangenen „CDU Report“ erhielt der Kreisverband Mühlhausen in Thüringen ebenfalls den zweiten Preis.

Bei einer Auflagenhöhe von 2.500 Exemplaren für die zirka 1.100 Mitglieder des Kreisverbands bleibt noch eine ausreichende Zahl von Exemplaren übrig, die im Kreisverband Langensalza und im Kreisgebiet Mühlhausen an Nichtmitglieder verteilt werden können.

Ganz besonders vorbildlich für Nachahmer: Der Kreisgeschäftsstelle hat die DIN A4-formatige Zeitung keinen Pfennig gekostet. Die Druckerei hat gegen Spendenbescheinigung gearbeitet. Lediglich die Verteilung war von der Kreispartei zu organisieren. Um teure Portokosten zu sparen, haben Parteimitglieder selber für die Verteilung gesorgt.

**Die Mühlhausener erhielten als Preis für den zweiten Platz einen Canvassing-Stand, den sie auch sofort einsetzten.**

# Aktuelle Handbücher und Leitfäden

- **Leitfaden „Mitgliederwerbung"**
  Ab jetzt ist Saison für Mitgliederwerbung.

Über die Notwendigkeit, neue Mitglieder für die CDU zu gewinnen, gibt es keinen Zweifel. Situationsbeschreibungen, Schuldzuweisungen oder Rechtfertigungsgründe im Zusammenhang mit zurückgehenden Mitgliederzahlen gibt es viele. Die CDU will und muß auf diese Herausforderung reagieren. „Zeit zum Mitmachen. Ergreifen Sie Partei" ist das Motto, mit dem wir zur richtigen Zeit Zeichen setzen wollen. Für Engagement und gegen Politikverdrossenheit. Für Demokratie und gegen Radikalismus von links und rechts. Die in diesem Leitfaden vorgeschlagenen Maßnahmen und Vorgehensweisen haben sich entweder bereits in der Vergangenheit gut bewährt oder wurden aktuell in Zusammenarbeit mit den CDU-Verbänden in allen Teilen Deutschlands entwickelt und erprobt.

Bestell-Nr.: **6591**
Mindestbestellmenge: 5 Expl.
Preis je 5 Expl. 16,— DM

**Zusätzlich gibt es noch drei weitere Broschüren, die Ihnen wichtige Informationen und Tips für die Ansprache der verschiedenen Zielgruppen geben, z. B. über das Wahlverhalten, die Wahlbeteiligung oder das Freizeitverhalten der entsprechenden Zielgruppen:**

- **Jugend im geeinten Deutschland**

Bestell-Nr.: **4590**
Mindestbestellmenge: 10 Expl.
Preis je 10 Expl. 12,— DM

- **Frauen im geeinten Deutschland**

Bestell-Nr.: **4602**
Mindestbestellmenge: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 12,— DM

- **Die Bedeutung der Senioren für die CDU**

Bestell-Nr.: **4589**
Mindestbestellmenge: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 12,— DM

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**
**Postfach 1164**
**33759 Versmold**
**Fax: (05423) 41521**

## Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken – Ein Leitfaden zum Thema Innere Sicherheit

Der Titel dieses Leitfadens ist gleichlautend mit dem Beschluß des 4. CDU-Parteitages in Berlin und macht damit deutlich, daß es jetzt an die konkrete Umsetzung unseres Parteitagsbeschlusses in die Parteiarbeit vor Ort geht. Diese Broschüre enthält neben sehr interessanten Beiträgen vom Forum 4 des Berliner Parteitages auch Informationen aus der bundesweiten Kriminalitätsstatistik sowie Vorschläge und Anregungen für Aktionen und Veranstaltungen.

Bestell-Nr.: **4759**
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 15,— DM

## Lets talk about you – Ein Leitfaden für Zielgruppenarbeit mit Jugendlichen

Damit Politikverdrossenheit nicht länger als Zustand akzeptiert wird, hinter dem man sich verstecken kann, ist es wichtig, die Parteiarbeit vor Ort individuell und zielgruppenorientiert zu gestalten. Der nun vorliegende Leitfaden zur Zielgruppenarbeit mit Jugendlichen wurde gemeinsam von CDU und Junger Union erarbeitet und soll neue Wege im Dialog mit Jugendlichen aufzeigen. In Zeiten zunehmender Gewaltbereitschaft bei jungen Menschen ist es wichtig, gerade mit dieser Zielgruppe ins Gespräch zu kommen, damit dumpfer Fremdenhaß und Intoleranz keine Chance haben.

Deshalb zeigt dieser Leitfaden anhand von praktischen Beispielen und Zeitungsberichten, wie die Arbeit vor Ort aussehen kann und welche Erfolge andere mit ihren Aktionen bereits erzielt haben. Zusätzlich enthält dieser Leitfaden auch eine umfangreiche Adressen-Sammlung von Institutionen, die bei der Zielgruppenarbeit hilfreiche Informationen geben können.

Bestell-Nr.: **4758**
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 15,— DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

ZEIT ZUM MITMACHEN!
Ergreifen Sie Partei!
CDU
AUFNAHMEANTRAG

**Auch den neu gestalteten Aufnahmeantrag können Sie unter der Bestell-Nr. 6719 beim IS-Versandzentrum kostenlos beziehen. Zusätzlich erhältlich ist jetzt auch eine Beitragsstaffel (Bestell-Nr. 6720) sowie ein Abfragebogen für Zusatzangaben (Bestell-Nr. 6721).**

UiD
3/1994

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.